



Offenbarungseid Dorsch - WWF kritisiert halbherzige Umsetzung der ersten Ostsee-Fangquoten unter neuer Fischereireform

Offenbarungseid Dorsch - WWF kritisiert halbherzige Umsetzung der ersten Ostsee-Fangquoten unter neuer Fischereireform
Mehr Hering, mehr Scholle, weniger Dorsch - die EU-Fischereiminister haben heute festgelegt, wie viel Fisch im kommenden Jahr in der Ostsee gefangen werden darf. Alles in allem dürfen Fischer 667.000 Tonnen Fisch aus der Ostsee ziehen, eine Steigerung um 6,3 Prozent zum Vorjahr[1]. Erstmals musste die Quotenentscheidung nach den Regeln der neuen Gemeinsamen Fischereipolitik der EU getroffen werden, die seit diesem Januar in Kraft ist. "Die Reform verpflichtet die Minister, die Fangmengen so zu setzen, dass die Überfischung gestoppt und die Fischerei nachhaltig wird. Das schaffen die Minister nur bei einem mageren Drittel der Quotenentscheidungen", kritisiert Karoline Schacht, Fischereiexpertin des WWF. "Die Fangmengen für Ostseedorsch treten das Grundprinzip der neuen Fischereipolitik mit Füßen." Für den westlichen Dorschbestand genehmigten die Minister zusätzlich zu der wissenschaftlichen Empfehlung eine Extraportion von 80 Prozent. Wissenschaftler des Internationalen Rates zur Erforschung der Meere (ICES) hatten vor der unsicheren Situation beider Dorschbestände gewarnt und deshalb strengere Kürzungsvorschläge gemacht als die bisherigen Managementpläne vorsahen, um die Fortpflanzungsfähigkeit bzw. das Anwachsen der Bestände sicherzustellen. Die Minister folgten diesem Vorsorgeansatz nicht und legten eine Fangmenge von 15.900 Tonnen für den westlichen Bestand (entspricht einer Kürzung um 7 % statt vorgeschlagener 53%) und 51.429 Tonnen für den östlichen Bestand (- 22% statt -53%) fest. "Der Dorsch steht stärker unter Druck als angenommen, jetzt den Notfallplan der Wissenschaftler in den Wind zu schlagen, gefährdet die Bestandserholung und missachtet die Grundidee der Fischereireform", so WWF-Expertin Schacht. Eine der größten Herausforderung ist das ab Januar 2015 geltende Rückwurfverbot für Ostseefischereien auf Hering, Sprotte, Lachs und Dorsch. Es wird verboten sein, Beifang oder zu viel gefangenen Fisch wie bislang über Bord zu werfen. Aus Sicht des WWF ist dies eine echte Umsetzungshürde der Reform: "Jeder gefangene Fisch muss nun an Land gebracht und auf die Quote angerechnet werden, das ist prinzipiell gut für die Umwelt, erfordert aber bessere Kontrollen und entsprechende Sanktionen", so Schacht. Es fehlten jedoch klare Hinweise für die Fischer, wie sie Regelbrüche im neuen Ablauf vermeiden. Auflagen untersagen es beispielsweise, für den menschlichen Verzehr bestimmten Fisch gemeinsam mit ehemaligem Rückwurf zu lagern oder auch nur zu transportieren. Hier sind auch die Fragestellungen, die sich aus den Hygienevorschriften ergeben, noch nicht hinlänglich geklärt. "Wir brauchen keine Halbherzigkeiten", kommentiert Karoline Schacht. "Die Politik muss nun gezielt investieren sonst bleibt sie den letzten Schritt in Richtung einer nachhaltigen Fischerei schuldig." Nicht berücksichtigt sind die Fangmengen für Lachs, die pro Stück angegeben werden. Weitere Informationen: Karoline Schacht WWF-Fischereiexpertin Tel: 040 530 200 327 karoline.schacht@wwf.de Britta König Pressestelle WWF Tel.: 040-530 200 318 britta.koenig@wwf.de Twitter: @koenigWWF


Pressekontakt

World Wide Fund For Nature (WWF)

10117 Berlin

Firmenkontakt

World Wide Fund For Nature (WWF)

10117 Berlin

Der WWF will die Umwelt entlasten und er braucht finanzielle Mittel für den Naturschutz. Um diese Ziele zu erreichen, können Unternehmen wichtige Partner sein. Es gibt unterschiedliche Formen der Zusammenarbeit. Sie reichen von Firmenspenden und Sponsoring-Maßnahmen über Lizenzkooperationen bis hin zu strategischen Kooperationen. Unser Ziel ist es, Gelder von Unternehmen in den Naturschutz umzuleiten. Aus diesem Grund arbeitet der WWF mit kleinen, mittleren und großen Unternehmen zusammen, die die Ziele des WWF unterstützen. Jede Kooperation ist individuell. Zu unseren Grundsätzen gehört es, konstruktiv und lösungsorientiert zu agieren, aber auch ein kritischer Sparringpartner zu sein. Ein wichtiger Baustein der Zusammenarbeit ist stets die Förderung des Umweltbewusstseins bei Kunden, Mitarbeitern und anderen Interessengruppen. Auch die Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage bestätigen unser Handeln: Drei Viertel der Bevölkerung befürworten eine finanzielle Unterstützung des WWF durch Unternehmen (76%). Durch strategische Kooperationen mit wichtigen Wirtschaftsträgern nimmt der WWF Einfluss auf die Förderung von ökologisch nachhaltigem wirtschaftlichem Handeln. Wir arbeiten mit Unternehmen zusammen, um sie zu verändern. Die Wirtschaft schätzt den WWF als kompetenten, verlässlichen aber unabhängigen Partner, weil er wichtige Probleme anspricht und innovative Lösungswege aufzeigt. Jahr für Jahr erfreut sich der WWF einer wachsenden Zahl von Unterstützern. Immer mehr Menschen empfinden es als selbstverständlich, wo immer nötig der bedrängten Natur und Umwelt zu helfen. Sie sehen im WWF einen sachverständigen, lösungsorientiert arbeitenden Partner. Insgesamt wurden 54,3 Millionen Euro für Projekte, satzungsgemäße Kampagnen und Aufklärungsarbeit, Fördererbetreuung und -gewinnung sowie allgemeine Verwaltung verwendet. Der Anteil der Ausgaben für die allgemeine Verwaltung lag im abgelaufenen Geschäftsjahr bei fünf Prozent. Insgesamt wurden 2,8 Millionen Euro für die Finanz- und Personalverwaltung, die Büroorganisation sowie die IT-Administration aufgewendet. Hier konnten Einsparungen in Höhe von rund 160.000 Euro realisiert werden. Über 438.000 Menschen mehr als je zuvor haben zum Ende des Jahres 2011 auf diese Weise ihre Überzeugung zum Ausdruck gebracht und zu rund 60 Prozent der Gesamteinnahmen verholfen, das zeigt der aktuelle Jahresbericht des WWF. Die Jahreseinnahmen bei Spenden und Erbschaften betragen 32,1 Millionen Euro in 2011/12. Dies bedeutet ein Wachstum von drei Prozent gegenüber 2010/11. Im Jahresdurchschnitt des Geschäftsjahres beschäftigte der WWF Deutschland an seinen drei Standorten (Berlin, Frankfurt, Hamburg) und in den vier Projektbüros (Dessau, Stralsund, Mölln und Husum) 186 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon 122 Vollzeitkräfte. Im Vergleich zu 2011 (171 Mitarbeiter) entspricht das einem Zuwachs von neun Prozent. Der Anteil der Mitarbeiterinnen beträgt 68 Prozent.